

Merkblatt zur deutschen Fusionskontrolle

Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist die gesetzliche Grundlage für die Prüfung von Zusammenschlüssen (§§ 35 ff. GWB¹). Für diese Prüfung ist in Deutschland ausschließlich das Bundeskartellamt zuständig. Die Anmeldung bzw. Anzeige muss in deutscher Sprache erfolgen. Das GWB findet keine Anwendung, soweit die Europäische Kommission nach der EG - Fusionskontrollverordnung² ausschließlich zuständig ist.

Dieses Merkblatt erläutert kurz zentrale Begriffe, die für die Anmeldung von Bedeutung sind, d.h. Schwellenwerte, Fristen, Zusammenschlusstatbestände, Feststellung der beteiligten Unternehmen usw., und es beschreibt die Grundzüge des Fusionskontrollverfahrens in Deutschland.

Bitte senden Sie Ihre Anmeldung/Vollzugsanzeige an die untenstehende Adresse:

Bundeskartellamt
Kaiser-Friedrich-Str. 16
D-53113 Bonn

Tel.: (++49-228) 9499-0
Fax: (++49-228) 9499-400

Die Unterlagen der Anmeldung müssen dem Bundeskartellamt vollständig zugehen, um den Fristenlauf auszulösen. Das kann per Post oder per Telefax erfolgen. Eine wirksame Anmeldung per E-Mail ist derzeit nicht möglich.

Sollten Sie weitere Fragen zur Anmeldung von Zusammenschlüssen haben, wenden Sie sich bitte ebenfalls an die angegebene Adresse (oder E-Mail: info@bundeskartellamt.de).

¹ Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Juli 2005 (Bundesgesetzblatt I, S. 1954)

² Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen, („EG-Fusionskontrollverordnung“) vom 20. Januar 2004 (ABl. EG Nr. L 24 S. 1)

Inhaltsübersicht

- I. Voraussetzungen der Anmeldepflicht
 - 1. Kontrollpflichtige Zusammenschlüsse
 - 2. Nicht kontrollpflichtige und nicht anzeigepflichtige Zusammenschlüsse
- II. Vom GWB erfasste Zusammenschlusstatbestände
- III. Grundzüge des Kontrollverfahrens, Entscheidungsfristen und Vollzugsverbot
 - 1. Eingriffsvoraussetzung
 - 2. Fristen und Vollzugsverbot
 - 2.1 Ablauf des Verfahrens
 - 2.2 Vollzugsverbot
 - 2.3 Vollzugsanzeige
 - 2.4 Gebühren
- IV. Zur Vollständigkeit von Anmeldungen
 - 1. Erforderliche Angaben für vollständige Anmeldungen
 - 1.1 Angaben über den Zusammenschluss
 - 1.2 Angaben über die Unternehmen
 - 2. Rechtsfolgen bei Verstoß gegen Vollzugsverbot, Anmeldepflicht oder Anzeigepflicht
 - 3. Behandlung von Auslandszusammenschlüssen
- V. Erläuterung wichtiger Begriffe
 - 1. Beteiligte Unternehmen
 - 2. Verbundene Unternehmen
 - 3. Wesentlicher Teil des Vermögens
 - 4. Kontrolle
 - 5. Umsatzerlöse
 - 5.1 Allgemeine Berechnungsgrundlage
 - 5.2 Besondere Regelungen für einzelne Branchen
 - 6. Marktanteile

I. Voraussetzungen der Anmeldepflicht

In der Fusionskontrolle nach dem GWB sind zwei Klassen von Zusammenschlüssen zu unterscheiden: kontrollpflichtige und nicht kontrollpflichtige Zusammenschlüsse. Kontrollpflichtige Fälle sind stets vor Vollzug anzumelden (§ 39 GWB). Für nicht kontrollpflichtige Zusammenschlüsse besteht weder eine Anmeldepflicht noch eine Pflicht zur Vollzugsanzeige.

In welche dieser zwei Klassen ein Zusammenschluss fällt, hängt von den Umsätzen der beteiligten Unternehmen ab.

1. Kontrollpflichtige Zusammenschlüsse

Im letzten Geschäftsjahr vor dem Zusammenschluss haben

- die beteiligten Unternehmen insgesamt weltweit Umsatzerlöse von mehr als fünfhundert Millionen Euro und
- mindestens ein beteiligtes Unternehmen im Inland Umsatzerlöse von mehr als fünfundzwanzig Millionen Euro erzielt.

2. Nicht kontrollpflichtige und nicht anzeigepflichtige Zusammenschlüsse

Es handelt sich um einen nicht kontrollpflichtigen und nicht anzeigepflichtigen Zusammenschluss, wenn :

- der Zusammenschluss **keine Inlandsauswirkung** im Sinne von § 130 Abs. 2 GWB hat³ oder
- die unter 1. genannten **Umsatzschwellen nicht erreicht** werden oder
- die **de minimis-Klausel** (§ 35 Abs. 2 Nr. 1 GWB) erfüllt ist, d.h. soweit sich ein Unternehmen, das nicht im Sinne des § 36 Abs. 2 GWB abhängig ist und im **letzten Geschäftsjahr weltweit Umsatzerlöse von weniger als zehn Millionen Euro** erzielt hat, mit einem anderen Unternehmen zusammenschließt oder
- die **Bagatellmarktklausel** (§ 35 Abs. 2 Nr. 2 GWB) erfüllt ist, d.h. soweit ausschließlich ein Markt betroffen ist, auf dem seit mindestens fünf Jahren Waren oder gewerbliche Leistungen angeboten werden und auf dem im letzten Kalenderjahr **weniger als fünfzehn Millionen Euro** umgesetzt wurden.

³ Vgl. dazu auch das Merkblatt des Bundeskartellamtes über Inlandsauswirkungen bei Unternehmenszusammenschlüssen.

Die de minimis-Klausel gilt nicht, soweit der Zusammenschluss zu Beschränkungen des Wettbewerbs beim Verlag, bei der Herstellung oder beim Vertrieb von Zeitungen oder Zeitschriften oder deren Bestandteilen führt (§ 35 Abs. 2 Satz 2 GWB).

Nach dem Gesetzeswortlaut kann nur ein Unternehmen, das **nicht abhängig** ist, die de minimis-Klausel in Anspruch nehmen. Dies führt dazu, dass zur Prüfung der de minimis-Klausel stets auf den Gesamtumsatz, der dem Veräußerer zuzurechnen ist (§ 36 Abs. 2 GWB), abgestellt werden muss. Dieser Gesamtumsatz, nicht etwa nur der Umsatz des veräußerten Unternehmens, muss unter 10 Millionen Euro liegen.

Zusammenschlüsse, die einen Bagatellmarkt betreffen, unterliegen nicht der Fusionskontrolle. Die Kontrollpflicht und damit auch die Anmeldepflicht entfällt aber nur dann, wenn der Zusammenschluss **ausschließlich** einen Bagatellmarkt betrifft. Eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung dafür ist, dass das erworbene Unternehmen ausschließlich auf einem Markt tätig ist, der ein Bagatellmarkt ist. Es kann aber fraglich sein, ob ein solcher Fall nicht z.B. auch die Stellung des Erwerbers auf der vorgelagerten Marktstufe verbessert. In Zweifelsfällen ist (bei Erreichen der unter 1. genannten Umsatzschwellen) eine vorherige Anmeldung vor Vollzug ratsam, um einen Verstoß gegen das Vollzugsverbot zu vermeiden und Rechtssicherheit zu erlangen.

WICHTIGE HINWEISE!

Kontrollpflichtige Zusammenschlüsse, die das Verfahren der Fusionskontrolle durchlaufen haben, sind nach ihrem Vollzug beim Bundeskartellamt anzuzeigen. Bei der Vollzugsanzeige kann auf die bei der Anmeldung eingereichten Unterlagen Bezug genommen werden.

Für bestimmte Branchen (Handel, Banken, Versicherungen, Presse, Rundfunk) gelten besondere Regeln zur Ermittlung des für die Anmeldepflicht zugrundezulegenden Umsatzes (siehe dazu unten Abschnitt V. 5).

II. Vom GWB erfasste Zusammenschlusstatbestände

Als Zusammenschlüsse im Sinne des GWB gelten folgende Unternehmensverbindungen (**§ 37 Abs. 1 Nr. 1 - 4 GWB**):

- (1) der **Erwerb des Vermögens** eines anderen Unternehmens ganz oder zu einem wesentlichen Teil (siehe dazu Abschnitt V Punkt 3.);
- (2) der **Erwerb der** unmittelbaren oder mittelbaren **Kontrolle** durch ein oder mehrere Unternehmen über die Gesamtheit oder Teile eines oder mehrerer anderer Unternehmen. Die Kontrolle wird durch Rechte, Verträge oder andere Mittel begründet, die einzeln oder zusammen unter Berücksichtigung aller tatsächlichen und rechtlichen Umstände die Möglichkeit gewähren, einen bestimmenden Einfluss auf die Tätigkeit eines Unternehmens auszuüben, insbesondere durch
 - a) Eigentums- und Nutzungsrechte an einer Gesamtheit oder an Teilen des Vermögens des Unternehmens,
 - b) Rechte oder Verträge, die einen bestimmenden Einfluss auf die Zusammensetzung, die Beratungen oder Beschlüsse der Organe des Unternehmens gewähren (siehe dazu Abschnitt V Punkt 4);
- (3) der **Erwerb von Anteilen** an einem anderen Unternehmen, wenn diese Anteile allein oder zusammen mit sonstigen, dem Unternehmen bereits gehörenden Anteilen
 - **50 vom Hundert** oder
 - **25 vom Hundert**des Kapitals oder der Stimmrechte des anderen Unternehmens erreichen oder übersteigen. Zu den Anteilen, die dem Unternehmen gehören, rechnen auch die Anteile, die einem anderen auf Rechnung dieses Unternehmens gehören und, wenn der Inhaber des Unternehmens ein Einzelkaufmann ist, auch die Anteile, die sonstiges Vermögen des Inhabers sind. Erwerben mehrere Unternehmen gleichzeitig oder nacheinander im vorbezeichneten Umfang Anteile an einem anderen Unternehmen, gilt dies hinsichtlich der Märkte, auf denen das andere Unternehmen tätig ist, auch als Zusammenschluss der sich beteiligenden Unternehmen untereinander;
- (4) jede sonstige Verbindung von Unternehmen, auf Grund deren ein oder mehrere Unternehmen unmittelbar oder mittelbar einen **wettbewerblich erheblichen Einfluss** auf ein anderes Unternehmen ausüben können.

Ein Zusammenschluss liegt auch dann vor, wenn die beteiligten Unternehmen bereits vorher zusammengeschlossen waren, es sei denn, der Zusammenschluss führt nicht zu einer wesentlichen Verstärkung der bestehenden Unternehmensverbindung (§ 37 Abs. 2 GWB).

Erwerben Kreditinstitute, Finanzinstitute oder Versicherungsunternehmen Anteile an einem anderen Unternehmen zum Zwecke der Veräußerung, gilt dies nicht als Zusammenschluss,

solange sie das Stimmrecht aus den Anteilen nicht ausüben und sofern die Veräußerung innerhalb eines Jahres erfolgt ("**Bankenklausel**"). Diese Frist kann vom Bundeskartellamt auf Antrag verlängert werden, wenn glaubhaft gemacht wird, dass die Veräußerung innerhalb der Frist unzumutbar war (§ 37 Abs. 3 GWB).

III. Grundzüge des Kontrollverfahrens, Entscheidungsfristen und Vollzugsverbot

1. Eingriffsvoraussetzung

Das Bundeskartellamt untersagt einen Zusammenschluss, wenn zu erwarten ist, dass durch den Zusammenschluss eine marktbeherrschende Stellung begründet oder verstärkt wird, es sei denn, die Unternehmen weisen nach, dass durch den Zusammenschluss auch Verbesserungen der Wettbewerbsbedingungen eintreten und dass diese Verbesserungen die Nachteile der Marktbeherrschung überwiegen (§ 36 Abs. 1 GWB). Zum Begriff der Marktbeherrschung siehe § 19 Abs. 2 und 3 GWB.

Die Untersagungsverfügung kann vor dem örtlich zuständigen Oberlandesgericht angefochten werden (OLG Düsseldorf).

Daneben kann die Erlaubnis des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie beantragt werden, wenn im Einzelfall die Wettbewerbsbeschränkung von gesamtwirtschaftlichen Vorteilen aufgewogen wird oder der Zusammenschluss durch ein überragendes Interesse der Allgemeinheit gerechtfertigt ist (§ 42 GWB).

2. Fristen und Vollzugsverbot

2.1 Ablauf des Verfahrens

In den kontrollpflichtigen Fällen hat das Bundeskartellamt grundsätzlich einen Prüfungszeitraum von 4 Monaten nach Eingang der vollständigen Anmeldung; d.h. es kann innerhalb dieser Frist den Zusammenschluss untersagen. Dazu muss es aber den anmeldenden Unternehmen innerhalb eines Monats nach Eingang der Anmeldung mitteilen (sog. "Monatsbrief"), dass es in die Prüfung des Zusammenschlusses (Hauptprüfverfahren) eingetreten ist. Das Hauptprüfverfahren soll eingeleitet werden, wenn eine weitere Prüfung des Zusammenschlusses erforderlich ist (§ 40 Abs. 1 S. 2 GWB). Im Hauptprüfverfahren entscheidet das Bundeskartellamt durch förmliche Verfügung, ob der Zusammenschluss untersagt oder freigegeben wird. Auch die Freigabeentscheidung ist zu begründen; sie kann mit Bedingungen sowie Auflagen verbunden werden (§ 40 Abs. 3 GWB). Diese dürfen sich nicht darauf richten, die beteiligten Unternehmen einer laufenden Verhaltenskontrolle zu unterstellen. Entscheidungen im Hauptprüfverfahren werden bekannt gemacht (§ 43 (2) Nr. 1 GWB).

HINWEIS!

Die Entscheidungsfrist beginnt erst mit dem Eingang der vollständigen Anmeldung zu laufen.

2.2 Vollzugsverbot

Ein anmeldepflichtiger Zusammenschluss darf nicht vollzogen werden, bevor

- die Monatsfrist des § 40 Abs. 1 Satz 1 GWB abgelaufen ist, ohne dass das Bundeskartellamt das Hauptprüfverfahren eingeleitet hat, oder
- die Viermonatsfrist des § 40 Abs. 2 Satz 2 GWB abgelaufen ist, oder
- das Bundeskartellamt den Zusammenschluss freigegeben hat.

Ein Verstoß gegen dieses Vollzugsverbot stellt eine Ordnungswidrigkeit dar (§ 81 Abs. 2 Nr. 1 GWB). Im übrigen sind Rechtsgeschäfte, die gegen dieses Verbot verstoßen, unwirksam (§ 41 Abs. 1 S. 2 GWB). Das Bundeskartellamt kann auf Antrag eine **Befreiung vom Vollzugsverbot** erteilen, wenn die beteiligten Unternehmen hierfür wichtige Gründe geltend machen, insbesondere um schweren Schaden von einem beteiligten Unternehmen oder von Dritten abzuwenden (§ 41 Abs. 2 GWB). Die Befreiung kann jederzeit, auch vor der Anmeldung, erteilt und mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden.

Das Bundeskartellamt ist bestrebt, Prüfungsverfahren nach § 40 GWB, die nicht auf eine Untersagung hinauslaufen, möglichst kurzfristig abzuschließen. Kommt aufgrund der mitgeteilten oder dem Amt bereits vorliegenden Daten die Entstehung oder Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung i.S. des § 36 Abs. 1 GWB erkennbar nicht in Betracht, so wird das Bundeskartellamt den anmeldenden Unternehmen unverzüglich nach Eingang der vollständigen Anmeldung mitteilen, dass die Untersagungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind, und damit den Vollzug freigeben.

2.3 Vollzugsanzeige

Die Anzeige eines Zusammenschlusses hat unverzüglich nach dem Vollzug zu erfolgen (§ 39 Abs. 6 GWB). Der Verstoß gegen die Anzeigepflicht stellt ebenfalls eine Ordnungswidrigkeit dar (§ 81 Abs. 2 Nr. 4 GWB).

2.4 Gebühren

Die Anmeldung kontrollpflichtiger Zusammenschlüsse ist gebührenpflichtig (§ 80 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GWB). Die Höhe der Gebühren bestimmt sich nach dem personellen und sachlichen Aufwand der Kartellbehörde unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedeutung des Zusammenschlusses. Die Gebühr darf grundsätzlich 50.000 Euro nicht übersteigen (§ 80 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GWB); sie kann in Ausnahmefällen verdoppelt werden (§ 80 Abs. 2 Satz 3 GWB).

IV. Zur Vollständigkeit von Anmeldungen

1. Erforderliche Angaben für vollständige Anmeldungen

Anmeldungen sind vollständig, wenn sie die in § 39 Abs. 3 GWB aufgeführten Angaben enthalten. Erforderlich sind:

1.1 Angaben über den Zusammenschluss

Aus der Anmeldung muss hervorgehen, welche Unternehmen sich zusammenschließen wollen. Außerdem ist die Form des Zusammenschlusses anzugeben, (§ 39 Abs. 3 Satz 1 GWB); soweit der Zusammenschluss auf Verträgen beruht, ist es zweckmäßig, beglaubigte Abschriften oder Ablichtungen dieser Verträge beizufügen. Beim Erwerb von Anteilen ist die Höhe der erworbenen und der insgesamt gehaltenen Beteiligung anzugeben; ferner ist anzugeben, wer die restlichen Anteile hält.

1.2 Angaben über die Unternehmen

(a) Für *jedes* am Zusammenschluss *beteiligte in- und ausländische Unternehmen* sowie für die mit diesen *verbundenen in- und ausländischen Unternehmen* (zu dem Begriff der beteiligten bzw. verbundenen Unternehmen siehe Abschnitt V. 1. und 2.) sind anzugeben:

- Firma, Sitz und Geschäftsbetrieb. Der Geschäftsbetrieb ist möglichst genau anzugeben (z.B. nicht "Metallverarbeitung", sondern "Herstellung von Baubeschlägen") und sollte auch die Wirtschaftsstufe kennzeichnen (z.B. Produktion, Großhandel).
- Konzernbeziehungen und Abhängigkeits- und Beteiligungsverhältnisse;

(b) Für jeden *Unternehmensverbund*, d.h. für jedes beteiligte Unternehmen einschließlich der mit ihm verbundenen Unternehmen, sind nach § 39 Abs. 3 Satz 2 Nr. 3 und 4 GWB für das letzte Geschäftsjahr anzugeben:

- die **Umsatzerlöse** im **Inland**, in der **Europäischen Union** und **weltweit**;
- die **Marktanteile** einschließlich der Grundlagen für ihre Berechnung oder Schätzung, **wenn** diese im Geltungsbereich dieses Gesetzes oder in einem wesentlichen Teil desselben für die beteiligten Unternehmen **mindestens 20 %** erreichen.

(c) Eine zustellungsbevollmächtigte Person im Inland, sofern sich der Sitz des Unternehmens nicht in Deutschland befindet.

Umsätze und Marktanteile müssen also nur für jedes am Zusammenschluss beteiligte Unternehmen und für die mit ihm verbundenen Unternehmen **insgesamt**, aber nicht gesondert für jedes einzelne verbundene Unternehmen angegeben werden. Zweckmäßig ist es allerdings, wenn die Daten der unmittelbar an dem Zusammenschluss beteiligten Unternehmen darüber hinaus noch gesondert ausgewiesen werden. Sofern erhebliche Umsatzanteile auf

das Ausland entfallen, ist ferner eine Aufschlüsselung nach in- und ausländischen Umsätzen nützlich.

Bei der Berechnung der Marktanteile können im Einzelfall Zweifel sowohl hinsichtlich der Marktabgrenzung als auch hinsichtlich der von den anderen Beteiligten erreichten Inlandsmarktanteile bestehen. Deshalb empfiehlt es sich im Interesse der Vollständigkeit von Anmeldungen, Angaben über nennenswerte Marktanteile auch dann zu machen, wenn das Überschreiten der 20 %-Grenze zweifelhaft ist.

Die Anmeldung sollte auch eine Übersicht über die **Verflechtungen** der Beteiligten enthalten, also eine Angabe der Unternehmen, an denen die Beteiligten einzeln oder gemeinsam 10% oder mehr der Stimmrechte oder der Anteile halten. Daneben sollten diejenigen Unternehmen benannt werden, die an den Beteiligten derart beteiligt sind.

Das Bundeskartellamt bittet, bereits in der Anmeldung darzulegen, in welchen anderen Staaten eine Notifizierung des Zusammenschlussvorhabens geplant oder bereits erfolgt ist (**Mehrfachnotifizierung**).

HINWEIS!

Es ist zweckmäßig, einen Geschäftsbericht - sofern vorhanden und zu den einzelnen Punkten aussagefähig - beizufügen.

2. Rechtsfolgen bei Verstoß gegen Vollzugsverbot, Anmeldepflicht oder Anzeigepflicht

Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig ein anmeldepflichtiges Zusammenschlussvorhaben verbotswidrig vollzieht oder am Vollzug mitwirkt (§ 81 Abs. 2 Nr. 1 GWB). Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu einer Million Euro geahndet werden (§ 81 Abs. 4 Satz 1 GWB). Wird eine Geldbuße gegen ein Unternehmen oder eine Unternehmensvereinigung verhängt, darf die Geldbuße für jedes an der Zuwiderhandlung beteiligte Unternehmen oder jede beteiligte Unternehmensvereinigung darüber hinaus 10% seines bzw. ihres jeweiligen im vorausgegangenen Geschäftsjahr erzielten Gesamtumsatzes nicht übersteigen (§ 81 Abs. 4 Satz 2 GWB).

Wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 39 Abs. 1 GWB eine Anmeldung bzw. entgegen § 39 Abs. 6 GWB eine Vollzugsanzeige nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet, begeht eine Ordnungswidrigkeit, die mit einer Geldbuße bis zu 100.000 Euro geahndet werden kann (§ 81 Abs. 2 Nr. 3 bzw. Nr. 4 i.V.m. Abs. 4 GWB).

3. Behandlung von Auslandszusammenschlüssen

Wird das Vorhaben eines Auslandszusammenschlusses angemeldet und dabei glaubhaft dargelegt, dass die Unternehmen aufgrund der für den Zusammenschluss geltenden ausländischen Rechtsvorschriften oder aufgrund sonstiger Umstände daran gehindert sind, vor dem Vollzug des Zusammenschlusses alle erforderlichen Angaben zu beschaffen, so wird das Bundeskartellamt die Freigabe des Zusammenschlusses nicht von der Vollständigkeit der eingereichten Anmeldung abhängig machen, sofern sich bereits aus den vorgelegten bzw. vorliegenden Unterlagen ergibt, dass eine Untersagung des Zusammenschlussvorhabens erkennbar nicht in Betracht kommt (siehe auch die allgemeine Weisung des Bundesministers für Wirtschaft vom 30. Mai 1980, BAnz Nr. 103/80 vom 7. Juni 1980). Auch in diesem Fall ist jedoch bei Vollzug des Zusammenschlussvorhabens eine Vollzugsanzeige zu erstatten.

V. Erläuterung wichtiger Begriffe

Die Vorschriften über Anmeldungen verwenden bestimmte Begriffe in einem genau definierten Sinn. Dies gilt insbesondere für folgende Begriffe:

1. Beteiligte Unternehmen

Welches Unternehmen an einem Zusammenschluss beteiligt ist, richtet sich danach, wie der Zusammenschluss zustande kommt. Beteiligt sind z.B.

- beim *Vermögenserwerb* (durch Verschmelzung oder sonstige Art, § 37 Abs. 1 Nr. 1 GWB): der Erwerber und der Veräußerer, wobei der Veräußerer nur hinsichtlich des übertragenen Vermögens beteiligt ist; in Fällen der *Verschmelzung* die Unternehmen, die miteinander verschmolzen werden;
- beim *Kontrollerwerb* (§ 37 Abs. 1 Nr. 2 GWB): die Unternehmen, die eine Kontrolle ausüben können, und das der Kontrolle unterworfenen Unternehmen.
- beim *Anteilserwerb* (§ 37 Abs. 1 Nr. 3 GWB): der oder die Erwerber und das Unternehmen, an dem die Anteile erworben werden. Sind mit diesem noch weitere Unternehmen im Sinne des § 36 Abs. 2 GWB zusammengeschlossen, so sind sie ebenfalls beteiligte Unternehmen;
- bei *Unternehmensverbindungen mit wettbewerblich erheblichem Einfluss* (§ 37 Abs. 1 Nr. 4 GWB): die Unternehmen, die einen wettbewerblich erheblichen Einfluss ausüben können, und das diesem Einfluss unterworfenen Unternehmen.

2. Verbundene Unternehmen

Mit einem beteiligten Unternehmen verbunden und als einheitliches Unternehmen anzusehen im Sinne von § 36 Abs. 2 GWB sind

- abhängige oder herrschende Unternehmen (§ 17 AktG) sowie Konzernunternehmen (§ 18 AktG).
- Unternehmen, die vom beteiligten Unternehmen allein oder gemeinsam mit anderen beherrscht werden, und - vice versa - Unternehmen, die auf das beteiligte Unternehmen einen beherrschenden Einfluss ausüben können.

Hält ein Unternehmen 50 % der Anteile eines anderen Unternehmens, geht das Bundeskartellamt in der Regel davon aus, dass das Unternehmen (mit)beherrschenden Einfluss auf das andere Unternehmen ausüben kann.

3. Wesentlicher Teil des Vermögens

Als wesentliche Teile des Vermögens i.S. des § 37 Abs. 1 Nr. 1 GWB gelten nicht nur Vermögensteile, die in ihrem Verhältnis zum Gesamtvermögen des Veräußerers quantitativ ausreichend hoch sind. Wesentlich ist ein Vermögensteil vielmehr stets dann, wenn ihm im Hinblick auf die Produktion, die Vertriebsziele und die jeweiligen Marktverhältnisse eine eigenständige Bedeutung zukommt und er deshalb als ein vom übrigen Vermögen des Veräußerers abtrennbarer einheitlicher Teil erscheint. Das können beispielsweise eine Betriebsstätte (z.B. Filiale eines Lebensmittelhandelsunternehmens), ein Geschäftsbereich (z.B. der Bereich "Industrienähmaschinen" eines Maschinenbauunternehmens), ein Warenzeichen oder die Verlags- und Titelrechte einer Zeitung sein.

4. Kontrolle

Mit dem Zusammenschlusstatbestand des Kontrollerwerbs übernimmt das GWB den entsprechenden Tatbestand des europäischen Rechts. Kontrolle liegt danach vor, wenn auf die Tätigkeit eines anderen Unternehmens ein **bestimmender Einfluss** ausgeübt werden kann.

Dies ist im Regelfall gegeben, wenn der Erwerber **strategische Entscheidungen der Geschäftspolitik** oder die **Besetzung der Geschäftsführungsorgane** des zu erwerbenden Unternehmens bestimmen kann.

Die Kontrolle i.S.d. §37 Abs. 1 Nr. 2 GWB kann **durch ein oder mehrere Unternehmen** erworben werden; die Erwerber brauchen nicht miteinander verbunden zu sein. Es reicht für die gemeinsame Kontrolle aus, dass die Unternehmen aufgrund einer gemeinsamen Unternehmenspolitik die eigenen Wettbewerbsinteressen im Verhältnis zueinander und gegenüber dem abhängigen Unternehmen abstimmen und durchsetzen können, z.B. aufgrund von Poolverträgen, erhöhten Zustimmungserfordernissen in der Gesellschafterversammlung, oder weil aufgrund einer auf Dauer angelegten Interessengleichheit eine einheitliche Einflussnahme gesichert ist. Begründen mehrere Unternehmen die gemeinsame Kontrolle über ein anderes Unternehmen, so sind alle mitkontrollierenden Unternehmen und die Zielgesellschaft am Zusammenschluss beteiligt. Gründen also z.B. fünf Unternehmen mit je 150 Mio. Euro Umsatz ein Gemeinschaftsunternehmen, an dem sie sich mit jeweils 20 % beteiligen, und sehen sie vor, dass alle wichtigen Entscheidungen mit einer Mehrheit von 81 % getroffen werden, liegt ein kontrollpflichtiger Zusammenschluss vor.

Der Zusammenschlusstatbestand ist auch beim **Übergang von gemeinsamer zu alleiniger Kontrolle** erfüllt. Beispiel: An einem Unternehmen sind A mit 60 % und B mit 40 % beteiligt. Alle wichtigen Entscheidungen sind mit Zweidrittelmehrheit zu treffen (das GU wird also von A und B gemeinsam kontrolliert). Erwirbt A nun die restlichen 40 % der Anteile, ist dieser Zusammenschluss nunmehr nach § 37 Abs. 1 Nr. 2 GWB kontrollpflichtig. Entsprechendes gilt bei einem Übergang von der Kontrolle durch drei Unternehmen zu einer Kontrolle durch zwei Unternehmen.

Ein wichtiger Fall des Kontrollerwerbs liegt im Erwerb einer **gesicherten Hauptversammlungsmehrheit** bei börsennotierten Gesellschaften. Dies wird in der Regel der Fall sein, wenn bei Zugrundelegung der Präsenzen in den drei letzten Hauptversammlungen davon auszugehen ist, dass mit den erworbenen Stimmrechten Hauptversammlungsbeschlüsse durchgesetzt werden können. Dieser Zusammenschlusstatbestand kann auch ohne Erreichen der Anteilsschwelle des § 37 Abs. 1 Nr. 3a GWB erfüllt werden, z.B. bei einer Anteilserhöhung von 25 % auf 45 %.

5. Umsatzerlöse

5.1 Allgemeine Berechnungsgrundlagen

Bei der Ermittlung der Umsatzerlöse ist von § 277 Abs. 1 HGB auszugehen (§ 38 Abs. 1 GWB). Die Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern bleiben außer Betracht. Es sind auch die Auslandsumsätze einzubeziehen. Umsätze sind in Euro anzugeben. Umsatzerlöse in fremder Währung sind nach dem Jahresmittelkurs der Europäischen Zentralbank (s. dazu: [http:// www.ecb.int](http://www.ecb.int) - Publications – Periodical Publications – Monthly Bulletin – Euro area statistics: Table 10 Exchange Rates) in Euro umzurechnen. Bei Umsatzangaben für mehrere miteinander verbundene Unternehmen insgesamt bleiben die Erlöse für Lieferungen und Leistungen der Unternehmen untereinander (Innenumsatzerlöse) außer Betracht. Die Umsatzerlöse sind unter Berücksichtigung des **Konsolidierungskreises** zum **Zeitpunkt der Anmeldung** anzugeben.

5.2 Besondere Regelungen für einzelne Branchen

Soweit der Geschäftsbetrieb eines Unternehmens im Handel mit Waren besteht, sind die dabei erzielten Umsatzerlöse nur zu drei Viertel in Ansatz zu bringen. Ein Handelsumsatz in diesem Sinne liegt nicht vor, wenn die von einem Unternehmen erzeugten oder bearbeiteten Waren von einem anderen mit ihm verbundenen Unternehmen bezogen und weiterveräußert werden (§ 38 Abs. 2 GWB).

Bei Versicherungsunternehmen treten an die Stelle der Umsatzerlöse die Prämieinnahmen. Dies sind die Einnahmen aus dem Erst- und Rückversicherungsgeschäft einschließlich der in Rückdeckung gegebenen Anteile (§ 38 Abs. 4 Satz 2 und 3 GWB).

Bei Kreditinstituten, Finanzinstituten und Bausparkassen tritt an die Stelle der Umsatzerlöse der Gesamtbetrag der in § 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe a bis e der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute vom 10. Februar 1992 (BGBl. I S. 203) genannten **Erträge** abzüglich der Umsatzsteuer und sonstiger direkt aus diesen Erträgen erhobener Steuern (§ 38 Abs. 4 Satz 1 GWB). Hinzuzurechnen sind in vollem Umfang die Umsätze von Unternehmen, an denen ein (mit-) beherrschender Einfluss besteht.

Bei Unternehmen, deren Geschäftsbetrieb ganz oder teilweise im Verlag, in der Herstellung und im Vertrieb von Zeitungen oder Zeitschriften oder deren Bestandteilen sowie in der Herstellung, im Vertrieb und der Veranstaltung von Rundfunkprogrammen und im Absatz von Rundfunkwerbezeiten besteht, ist insoweit das Zwanzigfache der Umsatzerlöse in Ansatz zu bringen (§ 38 Abs. 3 GWB). **Wichtiger Hinweis!**

Soweit die tatsächlichen Umsätze aufgrund der kartellrechtlichen Sondervorschriften gekürzt oder vervielfacht werden oder statt

dessen **Erträge** genannt oder einbezogen werden, ist dies **ausdrücklich kenntlich zu machen**.

6. Marktanteile

Die Beteiligten haben für jeden Unternehmensverbund die Inlandsmarktanteile anzugeben, soweit diese im Geltungsbereich des GWB oder in einem wesentlichen Teil desselben für die beteiligten Unternehmen mindestens 20 % erreichen, einschließlich der Grundlagen für ihre Berechnung oder Schätzung.

Für die Berechnung der Marktanteile ist zunächst von dem gesamten Geltungsbereich des Gesetzes (Bundesrepublik Deutschland) auszugehen. Wenn ein Unternehmen nicht im gesamten Bundesgebiet tätig ist oder seine Marktstellung erhebliche regionale Unterschiede aufweist, ist es erforderlich, neben den Marktanteilen für den gesamten Geltungsbereich auch Angaben für die Marktanteile in den einzelnen regionalen Märkten zu machen.

Für die Marktanteilsberechnung sind die neuesten statistischen Angaben zu verwenden sowie Angaben über Grundlagen für seine Berechnung oder Schätzung zu machen. Bei der Marktanteilsberechnung kann von Absatzmengen oder Absatzwerten ausgegangen werden. Es ist zweckmäßig, die Berechnung auf beiden Wegen vorzunehmen und vorzulegen.

Zu einem Markt sind nur solche Waren bzw. gewerbliche Leistungen zu zählen, die aus der Sicht der Abnehmer nach Beschaffenheit, Verwendungszweck und Preis als austauschbar angesehen werden. Eine weitergehende Gliederung der Märkte bei der Berechnung der anzugebenden Marktanteile präjudiziert die Unternehmen nicht hinsichtlich der Feststellung marktbeherrschender Stellungen.

Bei der Berechnung der Marktanteile können im Einzelfall Zweifel sowohl hinsichtlich der Marktabgrenzung als auch hinsichtlich der von den anderen Beteiligten erreichten Inlandsmarktanteile bestehen. Deshalb empfiehlt es sich im Interesse der Vollständigkeit von Anmeldungen, Angaben über nennenswerte Marktanteile auch dann zu machen, wenn das Überschreiten der 20 %-Grenze zweifelhaft ist.

Umsätze und Marktanteile müssen nur für jedes am Zusammenschluss beteiligte Unternehmen und für die mit ihm verbundenen Unternehmen insgesamt angegeben werden. Zweckmäßig ist es allerdings, wenn die Daten der unmittelbar an dem Zusammenschluss beteiligten Unternehmen darüber hinaus noch gesondert ausgewiesen werden.